

**Jan Wehrheim: Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung (Stadt, Raum und Gesellschaft 17), Opladen (Leske+Budrich), 2002, 300 S., € 24,90**

Die „Intensivierung räumlicher und sozialer Kontrolle“ durch Privatisierung, Überwachung, neue Governance-Muster und die Gestaltung der gebauten Umwelt identifizierte der US-amerikanische Stadtgeograph Edward Soja in seinem viel beachteten Buch „Postmetropolis“ (2000) als einen der sechs dominanten Diskurse über die zeitgenössische Stadt. Jan Wehrheim bietet mit seiner Dissertation einen Überblick über dieses weit gespannte Diskursfeld. Dazu formuliert er in der Einleitung folgende

Fragestellungen:

- a) Gibt es in der zeitgenössischen Stadt verstärkte Tendenzen, einzelne Personen oder Personengruppen aus städtischen Räumen auszuschließen?
- b) Wie sehen dabei Ausschlussmechanismen aus und welche Akteure sind beteiligt?
- c) Inwiefern hat der Ausschluss aus Räumen Auswirkungen auf Prozesse des sozialen Ausschlusses?

Im ersten Teil skizziert der Autor den Wandel von Gesellschaft und Stadt, den er als Hintergrund einer neuen (empfundenen) Unsicherheit und einer neuen Ausprägung sozialer Ungleichheit interpretiert. Er führt den Gesellschaftswandel in erster Linie auf die Krise des Fordismus zurück, nennt aber als weitere Faktoren auch den demographischen Wandel, die Zunahme der Migration und die wachsende Bedeutung medial vermittelter Stereotypen wie die pauschale Zuordnung von Personengruppen zu Orten als „gefährlich“ oder „ungefährlich“. Als „drei Tendenzen, die Städte zu Beginn des 21. Jahrhundert kennzeichnen“ hebt er die Standortpolitik, die Tertiärisierung und die sozialräumliche Polarisierung hervor.

Im zweiten Teil werden dann konkrete „Mechanismen des Überwachens und Ausschließens in Städten“ vorgestellt. Wehrheim setzt sich zunächst mit juristischen und personengebundenen Mechanismen auseinander: Die „Verrechtlichung des öffentlichen Raums“, die eigentumsrechtliche Privatisierung städtischer Räume, Betretungsverbote und Platzverweise, die Rolle privater Sicherheitsdienste sowie *public-private partnerships* im Polizei- und Sicherheitsbereich. In Exkursen stellt er den Ansatz des *community policing* und die *zero tolerance*-Strategie vor. Anschließend zeigt er Möglichkeiten und Einsatzfelder zur technischen Überwachung städtischer Räume. Zum Abschluss des zweiten Teils werden Zusammenhänge zwischen gebauter Umwelt und sozialer Ausgrenzung erörtert und dabei die Konzepte des *defensible space* und der *crime prevention through environmental design* vorgestellt.

Unter der Überschrift „Archipele der Sicherheit?“ widmet Wehrheim den dritten Teil so genannten „neuen Raumtypen“. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, inwieweit *shopping-malls*, *Business Improvement Districts* bzw. ähnliche Initiativen von innerstädtischen Einzelhändlern in Deutschland, *gated communities* sowie die Umgestaltung von Bahnhöfen, städtischen Parks und Plätzen „neue Ausgangsbedingungen für Sicherheit und Ausgrenzung schaffen“.

Im Abschlusskapitel diskutiert der Autor den Zusammenhang zwischen Zugangsbeschränkungen und sozialer Exklusion. Er unterscheidet dabei „kommerzialisierte Räume“ wie *shopping-malls* oder Themenparks, „nicht kommerzialisierte Räume“ wie *gated communities* und private Parks sowie als Zwischenform „semi-kommerzialisierte Räume“ wie *Business Improvement Districts*. Wehrheim zeigt, dass sich die angewandten Ausschlussmechanismen dabei nur wenig unterscheiden. Die „Disziplinierung“ in den kommerzialisierten Räumen diene dem Ziel „Integration in den Konsum“. In den nicht-kommerzialisierten Räumen soll dagegen sowohl eine Disziplinierung für „Interne“ als auch der „Ausschluss Externer“ erreicht werden – wobei es Wehrheim nicht gelingt, eine übergreifende Zielsetzung dieser Disziplinierung und Exklusion herauszuarbeiten.

Zusammenfassend sieht Wehrheim Anzeichen einer Dreiteilung städtischer Räume in „a) überwachte Räume, die auch durch Exklusion gekennzeichnet sind, b) mit Gefahr assoziierte Räume und c) Übergangszonen“. Die Überwachung und Exklusion würde aber nicht „unsichere“ zu „sicheren Räume“ machen, sondern bereits als sicher empfundene Orte würden weiter überwacht und abgegrenzt. Er befürchtet daher eine

Zunahme der Unsicherheit, da alle Räume, die nicht explizit Sicherheit symbolisieren, zunehmend als gefährlich wahrgenommen werden.

Die Studie stellt viele Elemente der „überwachten Stadt“ dar und ergänzt und aktualisiert damit in einzelnen Aspekten deutschsprachige Publikationen beispielsweise von Bernd Belina, Hubert Beste, Volker Eick, Aldo Legnaro und Detlef Nogala. Die Vielfalt der Themen geht allerdings zu Lasten der Stringenz und der inhaltlichen Tiefe. Wehrheim schreibt selbst, dass „eine Gleichsetzung der Politik in Bremen und New York sicherlich unglücklich sei“. Allerdings bringt die kursorische Nebeneinanderstellung von Entwicklungen aus den USA, Deutschland und Großbritannien mit sich, dass die Beispiele aus ihrem spezifischen Kontext herausgelöst werden. So ließe sich die Verbreitung bewachter Wohnsiedlungen in den USA und Deutschland beispielsweise nur dann sinnvoll vergleichen, wenn auch die jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen von Stadtentwicklung und lokaler Politik analysiert würden.

Wehrheim hat für seine Dissertation eine Vielzahl empirischer Arbeiten und journalistischer Texte aufgearbeitet, wobei Stimmen, die den beschriebenen Phänomenen kritisch gegenüberstehen, etwas überbetont erscheinen. Nur vereinzelt und unsystematisch fließen eigene empirische Arbeiten in die Diskussion ein. Problematisch ist dabei, dass sich die Argumentation in großen Teilen auf ungeprüfte anekdotische Informationen und empirische Arbeiten Dritter stützt. Dabei werden journalistische Quellen (aus Tageszeitungen, Stadtmagazinen und politischen Magazinen) nicht als Diskurs analysiert, sondern vielfach als Beleg für vermeintliche „Fakten“ benutzt. Auch im Bezug auf die empirischen Ergebnisse anderer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hätte man sich etwas mehr kritische Reflektion gewünscht.

Schwerpunkt der Arbeit sind Ideologien, Konzepte und Mechanismen, die darauf zielen, „Sicherheit“ und „Exklusion“ durch Überwachung sowie durch symbolische oder materielle Abgrenzung städtischer Räume zu produzieren. Damit verbunden sind Fragen nach der Bedeutung, der Funktion, der Veränderung und ggf. der Gefährdung von städtischer Öffentlichkeit. Die Begriffe „Raum“ und „Öffentlichkeit“ sind für die Studie daher grundlegend. Dennoch versäumt es Wehrheim, eine Definition dieser Grundbegriffe vorzunehmen. „Öffentlicher Raum“, „öffentliche Sphäre“, „privater Raum“, „semi-öffentlicher Raum“ und „pseudo-öffentlicher Raum“ werden in der Arbeit nicht gegeneinander abgegrenzt und teilweise uneinheitlich verwendet.

Fazit: Die Arbeit ist weniger als eigenständige empirische Arbeit oder als theoretisch-konzeptionelle Weiterentwicklung zu bewerten. Der Studie gelingt es aber, in relativ kompakter Form viele Aspekte des Diskursfeldes „öffentlicher Raum“, „Sicherheit“ und „Ausgrenzung aus Räumen“ darzustellen und zu systematisieren. Die Arbeit ist daher von hohem Nutzen für alle Sozialwissenschaftler und Planer, die sich einen Überblick über dieses wichtige Diskursfeld an der Schnittstelle von Stadtentwicklung und Kriminologie verschaffen möchten.

*Dr. Georg Glasze, Mainz*